

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.Volt und DIE LINKE Digitale Souveränität der Verwaltung stärken		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.04.2025	Bürgerservice-Ausschuss	Empfehlung
30.04.2025	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

- bei künftigen Software-Beschaffungen und Neulizensierungen möglichst Open-Source-Produkte zu nutzen, wenn geeignete Angebote verfügbar sind;
- Neuanschaffungen von Hard- und Softwareprodukten vorrangig so zu gestalten, dass sich die technologischen Abhängigkeiten von marktbeherrschenden US-amerikanischen Unternehmen verringern;
- vorhandene technologische Abhängigkeiten in sicherheitsrelevanten Bereichen zügig abzubauen.

Sachverhalt:

Der Erwerb von Softwarelizenzen ist mit hohen Kosten verbunden, z. B. bei Lizenzen für PC-Betriebssysteme, wenn ältere Versionen auslaufen und nicht mehr mit neuen Updates versorgt werden. Für viele Anwendungen, die in kommunalen Verwaltungen genutzt werden, gibt es inzwischen Open-Source-Angebote. Das Land Schleswig-Holstein hat darum den Umstieg auf Open-Source-Anwendungen beschlossen. Auch einzelne Kommunen gehen diesen Weg bereits. Open Source bietet viele Vorteile. Es besteht eine bessere Kontrolle über Daten, Infrastruktur und Technologie. Der Code kann häufig auf die eigenen Bedürfnisse angepasst werden. Fehler werden oft schneller behoben als bei kommerzieller Software. Wünschenswert wäre eine Initiative, um landesweit oder länderübergreifend gemeinsame Standards zu definieren. Der IT-Planungsrat von Bund und Ländern hat im März 2025 auf die Bedeutung offener Formate und Schnittstellen verwiesen. Sie seien „ein wichtiger Baustein für den notwendigen Transformationsprozess der Öffentlichen Verwaltung in Deutschland auf dem Weg zu mehr Digitaler Souveränität und Innovationen.“

Die aktuelle geopolitische Entwicklung zeigt zudem, dass einseitige technologische Abhängigkeiten zu Unsicherheiten führen können. Das Ziel der Hanse- und Universitätsstadt sollte darum eine möglichst starke digitale Souveränität sein. Das heißt, wir sollten jederzeit die Kontrolle über unsere digitalen Prozesse behalten. Mit dem Bau eines eigenen Rechenzentrums hat die Stadt dafür bereits einen großen Schritt getan. Diesen Weg gilt es, in weiteren Bereichen der digitalen Arbeitswelt unserer Verwaltung fortzusetzen und in der IT-Strategie zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen:

Derzeit nicht bezifferbar; mittelfristig ist bei Open-Source mit Einsparungen zu rechnen.
Teilhaushalt: 6

Bezug zum zuletzt beschlossenen Haushaltssicherungskonzept:

- Die Vorlage hat keine Auswirkungen.
 Die Vorlage hat folgende Auswirkungen:

Klimarelevante Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/>	keine Auswirkungen
<input type="checkbox"/>	positive Auswirkungen (nachfolgend)
<input type="checkbox"/>	negative Auswirkungen (nachfolgend)
<input type="checkbox"/>	Angabe entfällt (kein Vorhaben oberhalb von 100.000,- EUR)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Andrea Krönert / Dr. Felix Winter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.Volt

Christian Albrecht
Fraktion DIE LINKE

Anlagen

Keine